

Wird Uni-Senat durch die UG-Novelle komplett entmachtet?

Wien – Die Senatsvorsitzenden der österreichischen Universitäten befürchten durch die geplante Novelle zum Universitätsgesetz (UG) eine „Verpolitisierung der Universitäten“.

Die Senatschefs stoßen sich vor allem an zwei Vorhaben: Bei der Rektorswahl soll die Mitwirkung der von den Senaten vertretenen Universitätsangehörigen de facto beseitigt werden. Außerdem will Wissenschaftsminister Johannes Hahn drei Prozent des Uni-Budgets für jährliche Gestaltungsvereinbarungen einbehalten, was nach Ansicht der Senatsvorsitzenden den Handlungsspielraum der Universitäten erheblich einschränken würde. Denn dieser Prozentsatz wäre die Hälfte des Budgetanteils, der nicht durch Personal- und Betriebskosten gebunden ist.

Vollständiger Artikel: [derstandard.at](https://www.derstandard.at/story/3000000000000000000)